

Quelle: <http://www.waz.de/waz/waz.gelsenkirchen.volltext.php?zulieferer=waz&kennung=on4wazLOKStaGelsenkirchen39265&rubrik=Stadt®ion=Gelsenkirchen&kategorie=LOK>

Kleinen Kitas droht das Aus

40 Prozent der Einrichtungen erhalten durch "KiBiz" künftig weniger Mittel, schätzt die Stadt. Mögliche Folge: Höhere Elternbeiträge

Das geplante neue Kindergartengesetz "KiBiz" hat für einige Kindertagesstätten existenzbedrohende Konsequenzen. Das sagt Alfons Wissmann, Leiter des städtischen Referats Kinder, Jugend und Familie, im WAZ-Interview. Nach vorsichtiger Schätzung müssten 40 Prozent der 120 Kitas in Gelsenkirchen ab Sommer 2008 mit weniger Geld rechnen. Verlierer des so genannten Kinderbildungsgesetzes, das Schwarz-Gelb im Herbst im Landtag verabschieden will, seien vor allem jene Einrichtungen, die gut ausgestattet seien und älteres Personal hätten, so Wissmann.

"Sehr eng" würde es bei einer Umsetzung des Gesetzes in heutiger Form für die ganz kleinen Einrichtungen, darunter den Waldorf-Kindergarten in Buer mit 50 Plätzen sowie die drei Elterninitiativen "Kindergruppe Bulmke" (15 Plätze), "Spielstube" in Buer (25 Plätze) und "Kinderland" in der Altstadt (20 Plätze). Hier wären die Einnahmen durch KiBiz so knapp, dass ein Aus der Einrichtungen möglich ist.

Auch die Stadt müsse mit weniger Mitteln rechnen. Das Land lege im Kinderbildungsgesetz Elternbeiträge in Höhe von 19 Prozent zu Grunde - das aber sei ein Anteil, der ob der wirtschaftlichen Lage vieler Familien "in keiner Großstadt im Land" erreicht werde. In Gelsenkirchen, erinnert Wissmann, kämen gerade mal 11,4 Prozent zusammen. Die Lücke soll die Verwaltung stopfen, was diese nicht könne. Folge: Die Stadt werde gezwungen sein, die Elternbeiträge erneut anzuheben.

Insgesamt begrüßt Wissmann KiBiz aber "grundsätzlich". Das heutige Kindergartengesetz, so der Verwaltungsmann, sei zu starr. Familien, in denen etwa beide Eltern arbeiten, bräuchten flexible Betreuungszeiten oder einen Ausbau der Plätze für unter Dreijährige. Beides würde durch KiBiz gefördert. Interview Seite 2

04.07.2007 Von Michael Muscheid

Quelle: <http://www.waz.de/waz/waz.gelsenkirchen.volltext.php?zulieferer=waz&kennung=on5wazLOKStaGelsenkirchen39265&rubrik=Stadt®ion=Gelsenkirchen&kategorie=LOK>

"Wichtige Veränderungen"

Jugendamtsleiter Alfons Wissmann begrüßt das geplante Kinderbildungsgesetz (KiBiz) grundsätzlich. Allein: Viele Auswirkungen seien noch nicht abzusehen, darunter die finanziellen. Weiteres Problem: die Gruppengrößen

WAZ INTERVIEW

Im Oktober soll der Landtag das neue Kinderbildungsgesetz, kurz: KiBiz, beschließen. Über die Auswirkungen sprach WAZ-Redakteur Michael Muscheid mit Jugendamtsleiter Alfons Wissmann.

KiBiz sorgt unter Erziehern für reichlich Wirbel. Wie ist die Stimmung in den Kindertagesstätten vor Ort?

Wissmann: In den konfessionellen Einrichtungen nicht gerade gut. KiBiz spielt da sicherlich eine Rolle, und die Unsicherheiten über die Zukunft der konfessionellen Einrichtungen tun ihr übriges. In den städtischen Einrichtungen ist es dagegen eher ruhiger.

"KiBiz ist Mumpitz" sagte neulich die Essener SPD-Landtagsabgeordnete und Bildungsexpertin Britta Altenkamp in Gelsenkirchen. Teilen Sie diese Auffassung?

Wissmann: Nein. Grundsätzlich begrüße ich KiBiz, weil wichtige Veränderungen für die Kindertagesstätten vorgenommen werden. Das heutige Gesetz passt einfach nicht mehr in unsere Zeit, das Schubladendenken ist darin zu groß. So werden Kinder etwa in eine bestimmte Betreuungsform gepresst, das geht am Bedarf längst vorbei. Ob es aber gleich ein neues Gesetz sein muss, ist die Frage.

Was sind die wesentlichen Vorteile von KiBiz?

Wissmann: Eltern können künftig 25, 35 oder 45 Stunden Betreuungszeit wählen, und die Kita nimmt die Gruppenzusammensetzung selbstständig vor. Letzteres heißt auch: Es wird wohl überall eine Betreuung für unter Dreijährige eingerichtet, das ist eine deutliche Qualitätssteigerung. Nicht zuletzt wird auch die Tagespflege ins Gesetz aufgenommen, und Zeiten für die Leitungskräfte werden fixiert.

Und die Nachteile?

Wissmann: Die finanziellen Auswirkungen sind überhaupt noch nicht abzusehen. Niemand weiß heute, welche Betreuungszeiten die Eltern in einem Jahr wählen, deshalb ist auch völlig unklar, wie viele Mittel in die einzelnen Einrichtungen fließen. Wir müssen ein System finden, um frühzeitig den Elternbedarf abzufragen. Nicht richtig ist außerdem, dass das Land von Elternbeiträgen in Höhe von 19 Prozent ausgeht. In Gelsenkirchen sind es durch die wirtschaftliche Situation vieler Familien gerade mal 11,4 Prozent - den Rest soll die Stadt schultern. Das macht ein Minus von 1,2 Millionen Euro. Die Stadt wird deshalb gezwungen sein, die Elternbeiträge in Richtung 19 Prozent anzupassen.

Die Einführung der so genannten kindbezogenen Gruppenpauschalen stellt auch die finanzielle Basis der Kindertagesstätten auf den Kopf. Wer sind in Gelsenkirchen die Gewinner, wer die Verlierer?

Wissmann: Verlierer sind jene Einrichtungen, die gut ausgestattet sind und älteres Personal haben. Nach vorsichtiger Schätzung müssen 40 Prozent der 120 Kitas mit weniger Geld rechnen.

Ältere Erzieher fürchten deshalb um ihren Job. . .

Wissmann: Dass Träger älteres Personal entlassen und jüngerer einstellen, um zu sparen, ist Spekulation. Bei der katholischen Kirche aber kann man sehen, welche Reaktion möglich ist: Das Angebot wird heruntergefahren, das erwarte ich künftig auch bei der evangelischen Kirche. Die Stadt muss dann auch hier einspringen.

Wird das Geld hier und da auch so knapp, dass durch KiBiz ein Aus von Kitas möglich ist?

Wissmann: Ja, sehr eng wird es bei den ganz kleinen Einrichtungen, etwa für den Waldorf-Kindergarten oder die drei Elterninitiativen in der Stadt.

Werden Träger, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen, Gruppen neu ordnen und somit Kinder aus ihren bestehenden Gefügen herausreißen?

Wissmann: Das muss nicht sein. Ich erwarte eher einen schleichenden Prozess der Durchmischung, der ein ganzes Kindergarten-Leben andauert.

KiBiz-Kritiker befürchten, dass Träger Gruppen künstlich aufblähen, um mehr Geld einzunehmen.

Wissmann: Das ist in der Tat ein Problem. Träger in finanzieller Not könnten dahin tendieren, mehr Mädchen und Jungen aufzunehmen, um wirtschaftlicher agieren zu können. Hier braucht es klare Grenzen, um das zu verhindern. KiBiz sieht das bislang nicht vor.

Durch KiBiz wird erstmals auch die Sprachförderung in den Kitas festgeschrieben. 340 Euro soll es im Bedarfsfall pro Kind und Jahr geben. Reicht das?

Wissmann: Letztlich sicherlich nicht. Und doch: Dass die Sprachförderung aufgenommen wurde, ist gut. Nun müssen wir gucken, was wir mit den Mitteln machen. "Sehr eng wird es bei den ganz kleinen Einrichtungen"

04.07.2007